

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das **werktätige Volk**

Verantwortl. Red.: Staatsbaur, Dresden.
Herausg.: R. G. Dresden.
Verleger: R. G. Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Sitzungen irgendwelcher Art, ist es durch oder ohne Einfluß höherer Gewalt, hat der Verleger der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Beim Abdruck von Mitteilungen über den Tod von Verwandten, Freunden oder Bekannten, ist die Redaktion nicht verantwortlich.

Abrechnung: Westendplatz 10, Dresdener Str. 2361, Dresden.
Lohn für den Abdruck von 12 bis 14 Zeilen.
Abrechnung: Westendplatz 10, Dresdener Str. 2361 und 12707.
Abrechnung von 12 bis 14 Zeilen nachmittags.

Abrechnung: Dresden, Hauptbahnhof, 10. W. Einzelnummer 10 W.

Nr. 212

Dresden, Freitag, den 11. September 1931

42. Jahrgang

Erfolge der SPD.

Verbesserung der Juni-Notverordnung - Besserstellung der arbeitslosen Heim- und Saisonarbeiter

Aus Berlin wird uns geschrieben:
Die Notverordnung vom 5. Juni hat die stärksten Verschlechterungen für die Arbeitslosen und die Kriegsbeschädigten sowie einen gefährlichen Eingriff in das Tarifrecht der öffentlichen Arbeiter und Angestellten gebracht. Die Sozialdemokratie hat diese Bestimmungen immer auf das Bestmögliche beschränkt. Sie nahm am 16. Juni von der Einberufung des Haushaltsausschusses des Reichstages Abstand, nachdem Reichsfinanzminister Brüning sich bereit erklärte, in direkten Verhandlungen über eine Verringerung der schlimmsten Härten der Notverordnung zu beraten. Allerdings ist dabei von vornherein die Einschränkung gemacht worden, daß die Änderungen das finanzielle Gesamtergebnis der Notverordnung nicht gefährden dürften.

In Ausführung dieser Zusage der Reichsregierung sind bereits im Juli begonnenen, durch die schwere Kreditkrise wochenlang unterbrochenen Verhandlungen jetzt zu einem positiven Abschluß gebracht worden. Wenn auch durch die inzwischen erfolgte Verschlechterung der allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse die Verhandlungen sich außerordentlich schwierig gestaltet und jede Änderung erheblichem Widerstand begegnete, so kann doch gesagt werden, daß die Reichsregierung eingedenk ihrer früheren Zusage bestrebt war, die schlimmsten Mißstände zu beseitigen und durch ihre Abänderung darzutun, daß dem verletzten Rechts- und Sozialempfinden soweit als möglich Rechnung getragen werden sollte.

Es ist anzunehmen, daß die von der Reichsregierung angelegten Verbesserungen in kurzer Zeit durch eine neue Notverordnung

eine neue Notverordnung

in Kraft gesetzt werden. Dieser Weg erweist sich als zweckmäßig, weil er schneller ist als jeder andere, und weil damit die Gefahr des Scheiterns der Abänderungen infolge der parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse von vornherein ausgeschaltet ist.
Bei diesen Änderungen dürften die Verbesserungen für die Arbeitslosen und die Kriegsbeschädigten im Vordergrund stehen. Daß das Unrecht an den jugendlichen Erwerbslosen unter 21 Jahren wieder gutgemacht werden muß, hat man bereits im Juli eingesehen. Die damals auf dem Verwaltungsweg angeordnete Verbesserung dürfte jetzt als Dauerregelung anerkannt werden. Schwere Eingriffe hatte die Notverordnung auch bei der Berechnungsdauer für das Arbeitsentgelt nach dem die Höhe der Unterstützung bemessen wird, geschaffen. Die von allen Arbeitnehmern erhobene Forderung, daß die Unterstützung nicht nach dem Arbeitslohn der letzten 13 Wochen, sondern wie früher nach dem

der letzten 26 Wochen berechnet werden muß, wird erfüllt werden. Auch wird bei Kurzarbeitern die Unterstützung wieder von der Vollarbeitszeit berechnet. Besonders wichtig ist, daß die

Saisonarbeiter, die nach der Juni-Notverordnung für das ganze Jahr nur die Höhe der Krisenfürsorge erhalten sollten, künftig die Höhe der Krisenfürsorge nur für die Dauer der berufsmäßigen Arbeitslosigkeit beziehen; in der übrigen Zeit aber haben sie Anspruch auf die vollen Unterstützungsätze der Arbeitslosenversicherung. Die unerträgliche Ausnahmestellung der Saisonarbeiter ist damit in einem wichtigen Punkt beseitigt.

Mit großer Befriedigung dürfte auch überall aufgenommen werden, daß die Heimarbeiter im kommenden Winter ihre Ansprüche an die Arbeitslosenversicherung behalten. Die Thüringer Waldes, des Erzgebirges und des Erzgebirges haben also ihre Wirkung nicht verfehlt. Auch sollen die Rückstellungen für die Unterstützung in der Krisenfürsorge und die Bestimmung, daß das Arbeitsamt einen Teil der Unterstützung (Miete) direkt an den Hauswirt auszahlen kann, aufgehoben werden. Die verschärf-

ten Vorschriften über die Sperrfristen werden gemildert.

Das Reichsarbeitsministerium hat jetzt endlich eingesehen, daß die von der Sozialdemokratie bereits im Dezember 1930 in einem Geleitwort verlangte Zusammenlegung der Krisenfürsorge und der gemeindlichen Wohlfahrtsfürsorge zu einer Reichsarbeitslosenversicherung erfolgen muß und daß das Reich sich an den Kosten stärker zu beteiligen hat als bisher. Voraussetzungen für das Reich sind mit 60 Prozent an den Kosten zu beteiligen, wodurch eine Erleichterung für die Gemeinden und eine Wehrbelastung des Reichs von 360 Millionen Mark eintreten würde. Im Laufe dieser Woche sollen diese Fragen mit den Organisationen der Gemeinden und den Gewerkschaften weiter geklärt werden. Auch

die Eingriffe bei den Kriegsbeschädigten

sollen eine Milderung erfahren. Die Anrechnung der Renten von denjenigen Kriegsbeschädigten, deren Forderung aus öffentlichen Mitteln erfolgt (Beamte), wird künftig statt der ideellen Form durch eine individuelle Regelung ersetzt, bei der Familienstand und Schwere der Beschädigung durch entsprechende Freigrenze berücksichtigt werden. Für die Kriegsbeschädigten, die arbeitslos sind, tritt auch eine Verbesserung ein. Der anrechnungsfreie Betrag soll bei Schwerbeschädigten auf 25 M. erhöht werden. Auch bei Leichtbeschädigten wird eine Milderung

Kein Krieg mehr!

Rede Briand's in Genf

Genf, 11. September.

In der Völkerverversammlung nahm heute Briand das Wort zu seiner angekündigten Rede.
Nach einleitenden Worten kam Briand auf die Weltwirtschaftskrise zu sprechen. Die Krise ist zuerst eine Folge des Krieges; andere Ursachen, die ich nicht aufzählen kann, haben mitgewirkt. Nach dem Krieg wurden die Völker von einer frenetischen Arbeitslosigkeit befallen. Sie haben produziert, ohne Nachfrage, ohne Geist der Zusammenarbeit. Der Völkerbund kann aber nicht Wunder wirken. In solchen Augenblicken des Niederganges denken die Gegner des Völkerbundes, daß die Stunde günstig sei, um gegen ihn vorzugehen. Der Völkerbund hat sich aber nach und nach Vertrauen erworben. Die Völker wissen, daß der Völkerbund daran arbeitet, die Kriegsgefahren zu vermindern.

Wenn zwei große Völker, wie das deutsche und das französische Volk, seit fünf Jahren die Verständigung und Annäherung gesucht haben, so war dies nur möglich in der Atmosphäre des Völkerbundes.

Ich rechne es mir zur großen Ehre an, an dieser Annäherung mitgearbeitet zu haben. Auch Großbritannien hat nie aufgehört, an diesem Versuch der Annäherung der beiden Völker mitzuarbeiten. In dieser Periode der Bemühungen um die Annäherung habe ich oft gegen Widerstände in den beiden Ländern kämpfen müssen. Ich habe einige Rückschläge erfahren. Daß dies darf nicht Staatsmänner in ihren Bemühungen hindern. Morgen werden die französischen Staatsmänner nach Deutschland gehen, ich hoffe, daß diese Zusammenkunft glückliche Folgen haben wird. (Starker Beifall.) Man muß aber alles vermeiden, was das Vertrauen trüben könnte. Jetzt möchte ich auf den Gegenstand eingehen, der Sie alle am meisten beschäftigt. Ich will von der Konferenz über die Beschränkung und die Abschaffung der Rüstungen sprechen. Frankreich denkt nicht daran, diese Konferenz zu vertragen. (Beifall.) Wenn die Konferenz nicht zustande kommen sollte, hätte der Völkerbund Konfus angemeldet.

Der Gedanke der Abrüstung

hat große Fortschritte in der Welt gemacht. Frankreich hat alles getan, um seine Rüstungen zu vermindern. Der Abrüstungsgedanke hat gegen große Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt; jedesmal hat aber Frankreich das Seinige getan, um die Konferenz zu retten.
Jetzt ist der Termin festgesetzt. Man muß dort sein. Was die Urheber des Völkerbundes wollten, was der Friede, was die

Friede. Wenn der Friede gesichert sein wird, dann werden die Rüstungsausgaben unnötig sein. Die Völker werden dann durch Schiedsgerichtsbarkeit, nicht durch Waffengewalt ihre Gegenstände austragen. Man kann hoffen, daß die Konferenz zu konkreten Ergebnissen kommen wird. Frankreich hat an der Formel eines allgemeinen Schiedsgerichtsabkommens mitgearbeitet und hat dieses Abkommen unterzeichnet. Da der Krieg fast als ein Verbrechen gebrandmarkt worden ist — vorher war er etwas Normales —, ist ein großer Fortschritt erreicht. Wenn am 2. Februar 1932 alle Nationen hier versammelt sein werden, um das doppelte Problem der Beschränkung der Rüstungen und der Sicherheit zu prüfen, so wird eine Schicksalsstunde geschlagen haben. Sie müssen dann das starke Wort aussprechen:

Kein Krieg mehr, in keinem Fall darf der Krieg, dieses Verbrechen, möglich sein! Wir sind bereit, alles zu tun, um die notwendigen Bedingungen der Sicherheit zu schaffen. Dann werden die Völker sich freuen können, illuminieren können. Die Lage wird nicht mehr durch das Risiko eines Krieges verfinstert werden.

Kommunistischer Überfall auf Reichsbannerleute

Hamburg, 10. September. (Fig. Draht.) In einem Hamburger Stadtteil überfielen Kommunisten mehrere Reichsbannerleute. Ein Reichsbannermann wurde durch Messerstücke schwer verletzt. Der Überfall war offenbar organisiert und ist allem Anschein nach auf eine offizielle Anweisung der KPD. zurückzuführen.
Alle gegenteiligen Erklärungen der KPD. ändern nichts an der Tatsache, daß in der letzten Zeit die Überfälle kommunistischer Strolche auf sozialdemokratische Arbeiter zugenommen haben!

Strafverfahren gegen Dja von Fichte

Düsseldorf, 11. September. (Fig. Bericht.) Gegen den Dja-Stellvertreter Werner von Fichte in Düsseldorf ist von der Staatsanwaltschaft ein Verfahren wegen Verbrechen gegen § 175 des Strafgesetzbuches (sog. „Rhm.“) eingeleitet worden.

Der Unflat

„Mit vollem Magen schmeißt die Zigarette um so besser“ (Dresdner Tageszeitung)



„Mit vollem Magen schimpft man doch viel besser“